**Bezugsgebühr:**
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal) 1 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 2 Mk. bez. 2 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 2 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechenden Zuschlägen. Die den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher angekündigten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck aller Artikel und Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Lobeck & Co.** Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

**Anzeigen-Tarif.**
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pfg., Familiennachrichten 20 Pfg.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg.; als Eingesandt 2spaltige Zeile von Dresdner Aufgebern 75 Pfg., von auswärtigen 1 Mk. Zu Nummern nach Sonn- und Feiertagen: 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile als Eingesandt von Dresdner Aufgebern 1 Mk., von auswärtigen 1.50 Mk., Familiennachrichten Grundzeile 25 Pfg. — Die Preise der Inserate sind im Morgen- und Abendblatte dieselben. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

**Julius Schädlich**
Am See 16, part. u. I. Et.
**Beleuchtungs-Gegenstände**
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Unerreichter Insektentöter! Kaufe aber nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.

**Glaswaren**
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl
**Wilh. Rihl & Sohn,** Inh. Richard Rihl, Königl. Sächs. Hoflieferant,
Neumarkt 11. Fernsprecher No. 6081.

**Tuchwaren.** Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. Verkaufsstelle der vom Kgl. Finanzministerium neugewählten vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Königl. Sächs. Staats-Forstbeamte.
**Hermann Pörschel**
Scheffelstrasse 19 (Kleines Rauchhaus).

**Nr. 249. Spiegel:** Sächsische Landtagswahlen. Männergesangverein in Pillnitz. Landtagswahl. Hundeausstellung. Ins Manöver! Flottenbauplan. Arbeiteraufruhr. Börsenwochenbericht.

Mutmaßliche Witterung: **Warm, vielfach heiter.**

**Sonntag, 8. September 1907.**

## Die sächsischen Landtagswahlen

stehen vor der Tür: am 11., 12. und 13. September finden die Wahlen der Wahlmänner, am 26. September die Wahl der Abgeordneten statt. Das ist diesmal nicht bloß für Sachsen ein großes Ereignis, da die parteipolitischen Vorgänge, die sich mit der Stellungnahme der öffentlichen Meinung zu dem Wahlgesetzentwurf der Regierung verknüpfen, auch außerhalb der engeren Landesgrenzen im ganzen Reiche das lebhafteste Interesse wachgerufen haben und fortgesetzt mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt werden. Unser sächsisches Volk hat sich für eine Wahlentscheidung zu rüsten, die in ihrer Art genau so gut einen Prüfstein für die politische Reife, einen Befähigungsnachweis für die praktische, auf nationaler und staatserhaltender Grundlage beruhende Politik bildet, wie die letzten Reichstagswahlen im größeren Stile. Handelt es sich doch bei uns in Sachsen im letzten Grunde um nicht mehr und nicht weniger, als um die Bewahrung eines kostbaren Gutes, das bisher ein Juwel in unserem parlamentarischen Leben gewesen ist, um die Aufrechterhaltung des Vertrauensverhältnisses zwischen den beiden großen nationalen Parteien einerseits und zwischen diesen und der Regierung anderseits. Auf dieser Grundlage ist bislang im sächsischen Landtage gearbeitet worden, und mit welchem Erfolge, zeigen die in Gesetzgebung und Verwaltung erzielten fruchtbaren Ergebnisse. Wo immer bis jetzt ernstere Meinungsverschiedenheiten zwischen rechts und links und zwischen der Regierung und den beiden maßgebenden Parteien auftauchten, da sind sie durch allseitiges verständiges Einlenken und Nachgeben zu einem guten Ende im Interesse der allgemeinen Landeswohlfahrt geführt worden. Daß dies auch in dem jetzigen Wahlkonflikte der Fall sein, daß der so notwendige Ausgleich noch in gegebener Stunde in der Wahlrechtsfrage gefunden werden möge, muß der aufrichtige Wunsch jedes ehrlichen sächsischen Patrioten ohne Unterschied der engeren Parteirichtung sein. Jeder sächsische Wähler, der in diesen Tagen an die Urne tritt und sein engeres Vaterland herzlich liebt, muß daher das Seinige zu der Herbeiführung des Wahlfriedens beitragen, indem er solchen Kandidaten die Stimme gibt, von denen sich eine verständige Politik der Vereinigung und Versöhnung erwarten läßt.

Es handelt sich bei der Entscheidung an der Urne nicht um Einzelheiten in der Wahlrechtsfrage und um die besonderen Bestimmungen in der Regierungsvorlage, sondern um die große grundsätzliche Bereitwilligkeit der Kandidaten, an der Verwirklichung einer Verständigung, die nach Möglichkeit allen berechtigten Interessen gerecht wird, mitzuarbeiten. Nur auf solchem Boden, auf einer mittleren Linie, können sich die Gegensätze, die jetzt so scharf aufeinandergeplatzt sind, wieder ausgleichen. Die mittlere Linie aber ist freilich nur dann zu erzielen, wenn sich alle Beteiligten wirklich von sachlichen Beweggründen leiten lassen und darauf verzichten, aus der Situation Kapital schlagen zu wollen im Sinne der Spaltung oder Stärkung einer Partei. Im Mittelpunkte der politischen Diskussion steht neben der Wahlrechtsfrage selbst die, ob die ausschlaggebende konservative Partei einer Spaltung entgegengeht oder nicht. Die einen halten fest an der Fiktion einer Spaltung, die anderen prophezeien eine Unterordnung der „Agrarier" unter die „Modernen", die „Revisionisten" in der Partei, wieder andere versichern, daß der „reaktionäre" Flügel über die „Modernen" gesiegt habe. In Wirklichkeit liegt die Sache ganz anders. Es ist einfach ein frischer, moderner Zug, der durch die konservative Partei Sachsens geht und der beweist, daß diese weit entfernt ist, in starrer Unbeweglichkeit und in unfruchtbarer Kirchhofsruhe zu verharren. Das Regen und Bewegen in der sächsischen konservativen Partei, das sich aus Anlaß der Wahlreformfrage geltend macht, zeugt für jeden, der die Ereignisse mit unbefangenem Auge betrachtet, nicht von Marasmus, sondern im Gegenteil von rüstiger Lebenskraft, die nicht blindlings sich in das Prinzip des „Quieta non movere", des Ruhenlassens ruhender Dinge, einspannen lassen, sondern die Partei den Anforderungen der Zeit gemäß wandeln will, um ihre Werbekraft im Volke zu erhöhen und sie für die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben geschickter zu machen. Ein solcher Konservatismus wird auch kein Bedenken tragen, ebenso in der Wahlrechtsfrage, wie in allen anderen Dingen, dem gemäßigten Liberalismus auf der Grundlage des historisch Gewordenen das ihm im Staatsleben gebührende Recht ungeschmälert zu teil werden zu lassen. Nur hat dann auch seinerseits der Liberalismus die Pflicht, sich auf das Erreichbare zu beschränken und nicht im linksliberalen Ueberschwange Forderungen zu stellen, die mit dem tatsächlichen Einflusse der liberalen Partei im Lande nicht vereinbar sind. Also Maß halten in allen Dingen, auch in der heiklen und brennenden Wahlrechtsfrage: das muß die Parole sein, unter der sich die jetzigen Landtagswahlen vollziehen, und die auch die Arbeiten des Landtags zu beherrschen haben wird, wenn der Erfolg für die öffentliche Wohlfahrt ersprießlich sein soll.

Für parteipolitische Streitigkeiten wird in der kommenden Session um so weniger Zeit sein, als nicht bloß in der Wahlrechtsfrage, sondern auch für verschiedene andere bedeutsame gesetzgeberische Aufgaben das volle einmütige Zusammenwirken der beiden großen nationalen Parteien mit der Regierung erforderlich sein wird. In erster Linie ist unter den großen gesetzgeberischen Aufgaben des kommenden Landtags der Entwurf eines Wassergesetzes zu nennen, der vom Ministerium des Innern im Laufe der letzten Jahre sorgsam vorbereitet worden ist. Bei der Ordnung dieser Materie handelt es sich um die Lösung einer volkswirtschaftlichen Aufgabe von hoher Bedeutung, nämlich um die Regelung der wasserwirtschaftlichen Fragen und Verhältnisse der kleinen, nicht schiffbaren Gewässer des Landes, die bisher in Sachsen in den Hintergrund getreten ist. Die Witterungskatastrophen gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, insbesondere die furchtbaren Verwüstungen, die vom Hochwasser in den 80er Jahren in der Lausitz und 1897 in den Gebieten der Weißeritz, Mulde und Elster angerichtet wurden, sowie das sich immer steigernde Bedürfnis nach Nutz- und Trinkwasser wiesen mit wachsender Dringlichkeit darauf hin, daß auch Sachsen nach dem Beispiel anderer Bundesstaaten, Preußen, Württemberg, Baden, zur Befriedigung der bezeichneten Bedürfnisse etwas unternehmen mußte. In Erkenntnis dieser Notwendigkeit legte die Staatsregierung bereits 1902 dem Landtage eine Denkschrift vor, die auf eine 1900 gegebene ständische Anregung zurückgriff, und der dann 1905 die Vorlegung eines Gesetzentwurfs folgte. Im vorigen Landtage konnte aber der Entwurf wegen der tiefgehenden Schwierigkeiten des Gegenstandes noch nicht verabschiedet werden. Es kam vielmehr zur Einsetzung einer Zwischendeputation, die mit größtem Fleiße gearbeitet und einen wesentlich umgeänderten Entwurf aufgestellt hat, auf dessen Grundlage nunmehr das Zustandekommen eines Gesetzes zu erhoffen ist. Die Gegensätze, die bei der Behandlung der Materie zutage getreten sind, beziehen sich nicht sowohl auf eine Interessenverschiedenheit zwischen Landwirtschaft und Industrie, sondern betreffen mehr die widerstreitenden Interessen in der Industrie selbst.

Einen weiteren wichtigen Beratungsgegenstand werden die Beamtenbesoldungsverhältnisse in Verbindung mit dem Wohnungsgeldzuschuß bilden. Die verhältnismäßige Notlage der unteren und mittleren Beamten infolge der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse wird allgemein anerkannt und die Bereitwilligkeit zur tunlichsten Abhilfe ist vorhanden. Es ist also zu hoffen, daß zu dem Willen sich auch der Weg finden wird. Allerdings rückt dann die für den Steuerzahler nicht erwünschte Möglichkeit in greifbare Nähe, daß die Rückkehr zum alten, um 25 Prozent niedrigeren Einkommensteuertarif, die kraft Gesetzes von 1902 mit dem 1. Januar 1908 erfolgen muß, falls der Landtag bis dahin nichts anderes beschließt, sich als illusorisch erweist. Ob die ebenso wie die Regelung der Wasserverhältnisse sehr weitausschauende und tiefgründige Reform des Gemeindesteuerwesens auch noch den diesmaligen Landtag beschäftigen wird, hängt sowohl von dem Stande der Vorarbeiten wie wohl auch von der Beantwortung der Frage ab, ob der sonstige Arbeitsstoff die Verabschiedung einer solchen Vorlage, die bereits in der vorletzten Session unerledigt geblieben ist, gestattet. Sollte der Entwurf diesmal wieder eingebracht werden, so dürfte er wohl dasselbe Schicksal haben, wie im letzten Landtage der Wassergesetzentwurf, d. h. er würde voraussichtlich einer Zwischendeputation überwiesen werden müssen.

Der großzügigen und umfangreichen Aufgaben für den kommenden Landtag sind also gerade genug, um die ungeteilte Arbeitskraft der Abgeordneten in Anspruch zu nehmen. Möge darum jeder patriotische sächsische Wähler sich seiner Wahlpflicht erinnern und gewissenhaft seine Stimme abgeben, nach bester Ueberzeugung für des Landes Wohl! Wenn sich alle von echter Liebe zur engeren Heimat beseelten Elemente bei den Wahlen sowohl wie im Landtage zusammenfinden, dann besteht auch begründete Hoffnung, daß es den vereinten besonnenen Kräften von rechts und links gelingen werde, der vorhandenen Schwierigkeiten der Lage Herr zu werden, das Damoklesschwert der Auflösung, das in der Wahlrechtsfrage über dem Landtage hängt, am Herabsausen zu hindern und die Bahn für fruchtbare Arbeit frei zu machen.

## Neueste Drahtmeldungen vom 7. Septbr.

### Friedenskonferenz.

Haag. Friedenskonferenz. In der heutigen öffentlichen Plenarsitzung wurde über die von der Kommission für die Landkriegsfragen ausgearbeiteten Konventionsentwürfe verhandelt. Zunächst erstattete der Franzose Regnault Bericht über den Entwurf betreffend die Eröffnung der Feindseligkeiten, der ohne Debatte einstimmig angenommen wurde. Hierauf berichtete der Schweizer Oberst Borel über den Entwurf betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte zu Lande, der gleichfalls ohne Debatte einstimmig angenommen wurde. Sodann gelangte der Entwurf betreffend die Behandlung neutraler Untertanen im Gebiete der Kriegführenden zur Verhandlung. Ursprünglich war ein Antrag nach dieser Richtung hin von Deutschland eingebracht worden. Der Gedanke Deutschlands war, den neutralen Untertanen eine Sonderstellung zu geben gegenüber den eigenen Untertanen der kriegführenden Mächte. Dieser Antrag fand bei den Engländern und Franzosen, die ihrerseits die absolute Gleichstellung der neutralen Untertanen mit den eigenen Untertanen der kriegführenden Mächte proklamierten, einen entschiedenen Widerstand. Der wichtigste Teil des deutschen Antrages wurde infolgedessen von der Kommission abgelehnt; von demselben blieb nur übrig die Definition des Begriffes neutrale Personen, sowie eine Bestimmung dahingehend, daß die Kriegführenden nicht berechtigt seien, von neutralen Staatsangehörigen direkte Kriegsdienste zu verlangen. Dagegen wurde in der Kommission eine weitere Bestimmung eingefügt, daß dies in jenen Staaten nicht gelten solle, in denen nach der betreffenden Gesetzgebung die neutralen Personen dem Heere angehören. Die Annahme dieser Bestimmung würde zur Folge haben, daß beispielsweise mehrere südamerikanische Staaten im Kriegsfalle ganze Korps aus deutschen Staatsangehörigen bilden könnten. Bei der heutigen Beratung ergriff Freiherr v. Marschall das Wort und wies in längerer Rede darauf hin, daß letztere Bestimmung mit der in Artikel 64 enthaltenen ersteren Bestimmung im direkten Widerspruche stehe und für Deutschland unannehmbar sei weshalb Deutschland gegen den ganzen Konventions-Entwurf stimmen werde. Bei der Diskussion erhob insbesondere eine Reihe von Großmächten Vorbehalt gegen den angefochtenen Artikel, worauf Freiherr v. Marschall die Rückverweisung des ganzen Entwurfs an die Kommission beantragte. Dieser Antrag wurde mit allen gegen drei Stimmen (Nordamerika, Brasilien und Cuba) angenommen. Die Sitzung wurde darauf geschlossen.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Heute früh 5 Uhr traten 45 Mann vom Deutschen Radfahrerbund eine Fernfahrt Leipzig—Straßburg an. Der Start erfolgte in Lindenau von 5 zu 5 Minuten. Das Wetter war günstig.

Wilhelmshaven. Der Kaiser hielt nach der Frühstückstafel an Bord der „Hohenzollern" Kritik über die Flottenmanöver ab und nahm Meldungen entgegen. — Fürst von Fürstenberg ist à la suite des 2. Seebataillons gestellt worden. Zu Konteradmiralen sind befördert worden: Kapitän z. S. Kalau vom Hofe, bisher zweiter Admiral der Aufklärungsschiffe, und Kapitän Ingenohl, Kommandant der Kaiserjacht „Hohenzollern". Weiter erhielten den Charakter als Konteradmiral: Kapitän z. S. Derzewski und der Kommandant von Helgoland Kapitän z. S. Emsmann. Ferner sind ernannt worden: Vizeadmiral Schmidt zum Direktor des Allgemeinen Marinedepartements im Reichsmarineamt, Konteradmiral Pohl zum Inspektor der Küstenartillerie. Konteradmiral Schröder wurde mit der Führung des 2. Geschwaders beauftragt. Auszeichnungen haben erhalten: das Ritterkreuz 2. Klasse des Hausordens von Hohenzollern Kapitän z. S. Freiherr v. Schimmelmann, bisheriger Begleiter des Prinzen Adalbert; die Krone des Roten Adlerordens zweiter Klasse Vizeadmiral Jeve, Chef des Manövergeschwaders; die Krone zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe: Vizeadmiral Holtzendorff, Chef des ersten Geschwaders; den Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub Konteradmiral Ehrlich, Kommandant von Wilhelmshaven; den Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe: Konteradmiral Pohl, Befehlshaber der Aufklärungsflotte; den Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub: Konteradmiral v. Heeringen; die Krone zum Roten Adlerorden dritter Klasse: Kapitän z. S. Laus, Chef des Stabes der Flottenstation.

Berlin. (Priv.-Tel.) Mehrfach wird darauf hingewiesen, daß die Verlesung der Antwort des Kaisers auf die Huldigungsdepesche des Kardinals Vannutelli anläßlich des Eucharistischen Kongresses in Metz bis nach der Abreise der französischen Bischöfe vertagt wurde, damit nur ja nicht in ihrer Gegenwart das übliche Hoch auf den Kaiser ausgebracht wurde. Bischof Dubois von Verdun hat gelegentlich der französisch-nationalen Pilgerfahrt nach Lourdes in einer Ansprache diese Delikatesse besonders anerkannt, indem er sagte, daß eine gewisse kaiserliche Depesche verzögert worden sei, weil man den Wunsch gehabt hätte,

**Hidrol!** Bestes Mittel gegen Schweissbeschwerden — Erfrischt und stärkt die Haut. — 1 Orig.-Flasche 50 Pfg. Zu haben in Apotheken, Drogerien, Parfümerien. Friedrich & Glöckner, Dresden u. Cöln.